

Antrag 22/I/2026

Jusos Brandenburg, UBV Oberhavel, Ortsverein Zehdenick, Ortsverein Oberkrämer/Kremmen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Kommunale Demokratie verlässlich absichern

1 Die SPD geführten Ministerien
2 und die SPD-Landtagsfraktion
3 wird beauftragt,

4 1. zu prüfen, welche rechtli-
5 chen Regelungen anzupas-
6 sen sind, um sicherzustel-
7 len, dass kommunale Wahl-
8 beamt*innen mit Amts-
9 antritt keine Versorgungs-
10 und Besoldungsansprüche
11 erwerben, die einer Versor-
12 gung nach voller Amtszeit
13 gleichkommen.

14 2. zu prüfen, wie die rechtli-
15 chen Rahmenbedingungen
16 für kommunale Wahllei-
17 tungen so weiterentwickelt
18 werden können, dass ihre
19 Unabhängigkeit gesichert,
20 politisch motivierte Abbe-
21 rufungen verhindert und
22 ordnungsgemäße Wahlen
23 dauerhaft gewährleistet
24 werden.

25 3. Auf Grundlage der Prü-
26 fungen sollen Handlungs-

27 und Änderungsoptionen
28 erarbeitet werden.

29 4. Anschließend sollen die
30 Handlungs- und Ände-
31 rungsoptionen mit dem
32 Koalitionspartner beraten
33 und entsprechende gesetz-
34 liche Änderungen auf den
35 Weg gebracht werden.

36 37 **Begründung**

38 Das Vertrauen der Bürger*in-
39 nen in demokratische Institutio-
40 nen lebt von Transparenz, Fair-
41 ness und nachvollziehbaren Re-
42 geln. Gerade auf kommunaler
43 Ebene, wo politische Entschei-
44 dungen besonders nah an der
45 Lebenswirklichkeit der Menschen
46 getroffen werden, sind verlässli-
47 che und ausgewogene rechtliche
48 Rahmenbedingungen von zentra-
49 ler Bedeutung. Jüngere Entwick-
50 lungen in Brandenburg haben je-
51 doch gezeigt, dass bestehende
52 Regelungen in bestimmten Kon-
53 stellationen zu Ergebnissen füh-
54 ren können, die von vielen als
55 unangemessen oder undemokra-
56 tisch wahrgenommen werden.

57 Dies zeigt sich besonders deut-
58 lich am Beispiel der Stadt Zeh-
59 denick. Dort war der gewähl-
60 te Bürgermeister 4 Tage nach

61 Amtsantritt dauerhaft dienstun-
62 fähig. Nach geltender Rechtsla-
63 ge erwarb er dennoch mit Amts-
64 antritt umfassende Besoldungs-
65 und Versorgungsansprüche. Kon-
66 kret erhält er, nach seiner Ab-
67 wahl, 71,75 % der Besoldungs-
68 gruppe A16, Stufe 12. Dies ent-
69 spricht einem monatlichen Be-
70 trag von rund 6.215 Euro. Für die
71 Stadt summieren sich die Kosten
72 damit auf einen Betrag im hohen
73 sechsstelligen Bereich. Unabhän-
74 gig von der individuellen gesund-
75 heitlichen Situation macht die-
76 ser Fall deutlich, dass bestehende
77 Regelungen zu finanziellen Ver-
78 pflichtungen führen können, die
79 in keinem angemessenen Ver-
80 hältnis zur tatsächlichen Amts-
81 ausübung stehen und bei vie-
82 len Bürger*innen auf erhebliches
83 Unverständnis stoßen.

84 Ein weiteres Beispiel sind die
85 Vorgänge nach der Bürgermeis-
86 terwahl in Velten rund um die
87 Wahlleitung. Die Wahlleiterin und
88 der Stellvertreter wurden durch
89 einen Beschluss der Stadtverord-
90 netenversammlung abberufen.
91 Zur Begründung wurden Vor-
92 würfe erhoben, die Wahlleitung
93 habe bei der Stichwahl und im
94 Nachgang Fehler begangen.

95 Belastbare Belege dafür wurden
96 jedoch nicht vorgelegt. Zugleich
97 sollte die Wahlleitung durch
98 Personen ersetzt werden, die
99 dem Umfeld von Pro Velten
100 zuzurechnen sind. Auch war
101 vorgesehen, den stellvertreten-
102 den Wahlleiter durch die Mutter
103 des unterlegenen Kandidaten zu
104 ersetzen.

105 Eine solche Besetzung beein-
106 trächtigt das Vertrauen in die
107 Neutralität der Wahlorgane,
108 insbesondere wegen der engen
109 Beziehung zwischen den Kandi-
110 dat*innen und der Wahlleitung
111 und damit die Akzeptanz des
112 Wahlergebnisses schwächt.

113 Beide Fälle zeigen exemplarisch,
114 dass bestehende rechtliche Rah-
115 menbedingungen auf kommuna-
116 ler Ebene in bestimmten Konstel-
117 lationen an ihre Grenzen stoßen.
118 Die SPD Brandenburg steht für
119 eine starke kommunale Demo-
120 kratie, rechtsstaatliche Verfahren
121 und einen verantwortungsvollen
122 Umgang mit öffentlichen Mitteln.
123 Mit diesem Antrag soll die Lan-
124 desregierung beauftragt werden,
125 aus den Erfahrungen in Zehde-
126 nick und Velten zu lernen, be-
127 stehende Regelungen zu prüfen,
128 Handlungs- und Änderungsoptio-

129 nen zu entwickeln und diese ge-
130 meinsam mit dem Koalitionspart-
131 ner zu beraten, um gegebenen-
132 falls notwendige gesetzliche An-
133 passungen auf den Weg zu brin-
134 gen.

135